



Dr. Frauke Petry, Vorsitzende Alternative für Deutschland (AfD), Mitglied des Sächsischen Landtags

«Demokratie und Kontroverse in Europa»

(Die Rede wurde ab Tonträger transkribiert)

Guten Tag oder Grüezi!

Ich kann das nicht so gut wie Sie. Aber ich wollte es zumindest einmal versuchen.

Wenn Sie sagen, dass Sie sich freuen, dass ich da bin, dann kann ich das direkt zurückgeben. Ich habe mich über die Einladung unglaublich gefreut. Weil für die AfD die Schweiz und ihr natürlicher Anspruch auf mehr bürgerliches Engagement in der Politik und das Selbstverständnis, das Sie als Schweizer in die Welt tragen, und damit nach Deutschland und nach Europa, für uns nach wie vor bewundernswert ist.

Deutschland braucht «mehr Schweiz»

Deswegen gebe ich den Dank zurück an Sie – verbunden mit der Bitte, dass Sie uns dabei helfen, ein bisschen mehr Schweiz ins grösste europäische Land zu tragen. Deutschland hat mehr Schweizer Verhältnisse, gerade wenn man an die direkte

Demokratie denkt, dringend nötig. Also bitte, helfen Sie uns dabei!

Ich bin heute hergekommen, um über Politik und Kontroverse zu sprechen. Eigentlich sollte man meinen, dass ein solcher Vortrag im Jahr 2016 gerade im freiheitlichen, demokratischen Europa nicht notwendig ist. Doch da liegt bereits der erste Denkfehler. Wir müssen feststellen, seitdem wir politisch aktiv sind, dass gerade das Selbstverständnis, dass Demokratie eben nicht auf dem Präsentierteller liegt, sondern dass wir sie uns jeden Tag neu erkämpfen müssen, in den letzten Jahrzehnten auch vermutlich aufgrund des gewachsenen Wohlstands verlorengegangen ist. Ich glaube, in diesem Zustand sind sich die Schweiz und Deutschland dann doch wieder sehr ähnlich.

Wohlstand macht bequem, vor allem faul im Denken. Und leider erkennt man die Freiheitsrechte erst, wenn sie nicht mehr da sind. Und deshalb braucht es Bewe-

gungen wie Ihre. Ich habe gehört, dass Sie mehr Mitglieder und Unterstützer haben als die grössten Parteien in der Schweiz. Das zeigt sehr eindrücklich, wo der Souverän sitzt. Bitte, bleiben Sie so und wachsen Sie möglicherweise weiter, damit die Politik sehr wohl vor Ihnen Angst hat. Denn das gehört auch zur Politik. Besser, die Politik hat Angst vor dem Souverän als andersherum.

Politik und Politiker – bitte mit Charakter!

Was an Europa immer wieder erstaunlich ist: Dass wir uns in vielen Punkten so ähnlich und dann doch wieder so verschieden sind. Und da stelle ich auch bei mir persönlich immer wieder grosse Wissenslücken fest. Das gilt leider auch betreffend die Schweiz – nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die Besonderheiten ihrer innenpolitischen Konstellation. Ich möchte ein bisschen nachzeichnen, was unserer Ansicht nach der Grund dafür ist, was in Deutschland und in anderen Staaten der aktuellen EU über die Jahrzehnte passiert ist. Nun kann ich über die 50er-, 60er-, 70er- und 80er-Jahre nur aus der öffentlichen Erinnerung berichten. Aber seit Beginn der 90er-Jahre spätestens habe ich Politik sehr bewusst als Kind, als Jugendliche erlebt. Dort liegt letztlich

auch der Grund dafür zu suchen, dass wir im Jahr 2013 nach sehr, sehr grosser Vorlaufzeit die AfD gegründet haben.

Aufgewachsen in der Diktatur – ich bin in Dresden geboren und habe bis Anfang des Jahres 1990 mit meiner Familie dort gelebt –, habe ich von der Politik erst mal aus der Ferne, aus den öffentlich-rechtlichen (TV-)Sendern erfahren. Und habe mir erst im Lauf meiner Jugend erarbeitet, was ich über die Politik in der alten BRD weiss. Etwa über die grossen ideologischen Kämpfe zwischen Konservativen, Sozialisten und Liberalen, die noch im deutschen Bundestag geführt wurden – im Parlament und nicht moderiert wie heute in Fernseh-Talkshows. Da gab es noch kantige Persönlichkeiten, die auch einmal unter die Gürtellinie gingen. Es waren Menschen, die Politik nicht nur unter dem Siegel der Political Correctness ausgeübt, sondern sie als Berufung verstanden haben. Es waren nicht unbedingt immer bessere Menschen, aber in gewisser Weise Politiker mit Charakter, auch wenn man sich nicht mochte.

Wenn ich heute in der (deutschen) Politik etwas vermisse, ist es genau das: Es gibt fast keine etablierten Politiker, die überhaupt noch Charakter zeigen. Genau das brauchen wir aber wieder!



Angela Merkel: Sozialismus durch die Hintertür?

Wir brauchen verschiedene Standpunkte, verschiedene Lebensentwürfe, verschiedene Visionen. Wenn wir davon reden, dass es in Deutschland ausserhalb der AfD keine aktuelle Oppositionspartei mehr gibt, liegt es daran, dass es grundsätzlich fast schon egal ist, ob ein Politiker der SPD, die sich von oben der 10%-Marke nähert, ob er der CDU, ob er den Linken oder den Grünen angehört. Da ist Herr Gysi wohl noch eine Ausnahme unter den Rednern im Bundestag. Der hat noch was im Kopf; nur ist er leider in der falschen Partei.

Was wir über die Jahrzehnte feststellen konnten – nach Wiedervereinigung, Revolution, Zusammenbruch des Kommunismus, Diskrepanz zwischen Ost- und Westblock: Die Unterschiede sind verlorengegangen. Der Westen hat angeblich über den Osten gesiegt. Das Gesellschaftsmodell der Marktwirtschaft, der Kapitalismus scheint oder schien den Sozialismus besiegt zu haben.

Wenn ich in die aktuelle Politik schaue, frage ich mich, ob das nicht ein Trugschluss war. Es laufen heute so viele Sozialisten unter verschiedenen Etiketten in Deutschland herum, dass man sich fragt, ob das tatsächlich der Fall ist. Oder ob nicht die

Merkel es geschafft hat, den Sozialismus durch die Hintertür in das vereinigte Deutschland zu tragen.

Grüne Ideologie allüberall

Im zweitgrössten Bundesland, in Baden-Württemberg, wo die AfD mit 15% in den Landtag eingezogen ist, bekommen wir nun eine schwarz-grüne Landesregierung. Und wenn wir landauf, landab erleben, dass sich die Grünen in fast allen Landtagen in unglaublicher Weise an die CDU anbieten und dies offenbar in der CDU auch noch toleriert und honoriert wird – dann frag ich mich eben auch, ob der Siegeszug der grünen Ideologie seit den späten 68ern nicht auch genau durch dieses Verhalten zu erklären ist.

Wir haben heute die grüne Ideologie eben nicht nur in dieser Partei, die in vielen Ländern schon viel zu stark geworden ist. Wir haben sie eben auch in der Person des Kanzleramtsministers Altmaier, wir haben sie bei Frau Merkel, und wir haben sie de facto überall. Das heisst, Sozialismus und grüner Ablasshandel, Dinge zu verbiegen und Menschen zu regulieren: Das ist etwas, was uns die Freiheit und auch die Meinungsfreiheit raubt. Deshalb braucht es eine AUNS und in Deutschland so dringend eine politische Alternative, die diesen erzwungenen Konsens, der utopisch

«Ich kann mir ein freies Europa der souveränen Vaterländer sehr gut vorstellen. Aber ich glaube nicht, dass wir zukünftig ein riesengrosses EU-Parlament und eine EU-Kommission brauchen.»

Dr. Frauke Petry

und nicht realistisch ist, endlich aufkündigt und zur Kontroverse aufruft.

Weg von der Etikettendiskussion!

Ich weiss, dass ich damit provoziere. Doch bitte, provozieren Sie! Ich habe gehört, Ihre Journalisten haben uns in diversen Interviews auch immer wieder vorgehalten, dass wir Deutschen doch sehr viel rauer im Ton sind; die Schweizer seien das nicht gewöhnt, und es sei gar nicht gut, so zu provozieren. Aber ich denke, dass genau das der Kern einer demokratischen Gesellschaft sein muss: Dass wir als

Allererstes lernen müssen, die Meinung des andern auszuhalten, auch wenn das manchmal persönlich wehtut. Und können Sie sich vorstellen, wie das uns aktuell wehtut, wenn wir nicht nur sachlich, sondern auch persönlich angegriffen und diffamiert werden?

Aber das Aushalten einer andern und Vorstellen der eigenen Meinung, auch wenn ich weiss, dass ich mich ohne Mehrheiten nicht durchsetzen kann, ist eine Übung, die wir gar nicht oft genug und früh genug vollführen können. Das ist aber eben etwas, das ich nicht mehr erlebe. Das erleben wir nicht im Fernsehen – oder wenn, dann moderiert in einem sehr einseitigen Verhältnis. Im Parlament erleben wir es maximal noch als Show, wie mit Etiketten Auseinandersetzungen geführt werden, aber nicht mehr mit richtigen, sachlichen Argumenten.

Und das ist eben auch sinnbildlich darin zu sehen, dass wir häufig, auch in der Schweiz, nach meinem Eindruck, ein bisschen den Kampf zwischen angeblich moralisch gut und moralisch böse vollführt sehen.

Wir, die AfD in Deutschland, wurden von aussen zu einer rechten Partei abgestempelt. Es gibt genug Bürger, die in Deutschland einfach für «ausserhalb des demokratischen Spektrums» erklärt werden und



sich gegen diese mediale Zuschreibung natürlich nicht wehren können, weil sie am medial kürzeren Hebel sitzen. Deswegen müssen wir weg von dieser Etikettendiskussion! Es gibt nicht moralisch gut und moralisch böse, weil beides wichtig ist. Beides gehört zum Menschen dazu. Aber das kann man nur erkennen, wenn man ein realistisches Menschenbild hat. Und genau das ist es, was den Ideologen, egal ob kommunistisch, sozial oder grün, vollkommen abgeht. Sie ignorieren die Natur des Menschen. Und das müssen wir aufdecken.

Visionen – und Realismus

Die Politik in Europa braucht Realismus. Realismus und Visionen. Und anders als der verstorbene Altkanzler Schmidt, der Personen mit Visionen zum Arzt schicken wollte, glaube ich, dass wir zwischen Vision und Utopien unterscheiden müssen. Wer keine Vision mehr hat, wer keine Vorstellungen mehr davon hat, wie Ihr Land, wie unser Land, wie Europa in Zukunft aussehen soll, der weiss ja gar nicht, wofür er eigentlich einsteht, wofür er eigentlich kämpft. Visionen haben, an ihnen arbeiten und diese immer wieder mit der Realität abgleichen – das ist genau das, was wir auch in der Schweiz an den Politikern der

«*Meinungsfreiheit nur für uns, die anderen sind alles Nazis.*»

DIE LINKE

grossen Parteien vermissen. Der Abgleich zwischen Parteipolitik und den Bürgern auf der Strasse, am Stammtisch, in der Schule, am Arbeitsplatz – dieser Austausch findet nur noch ungenügend statt. Wir kritisieren, dass Wahlen häufig nur noch als Berechtigung verstanden werden, in der Legislatur dazwischen bis zur nächsten Wahl zu machen, was man will. Und Sie sind dazu da, dass das in der Schweiz nicht passiert. Dabei haben Sie Deutschland und damit auch uns als noch recht jungen Partei einiges voraus. Einiges an Demokratietradition und Debattenkultur und natürlich auch an politischen Instrumenten, um Ihre Diskussion in die Öffentlichkeit zu tragen. Und deshalb verkündigen wir bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit, dass wir in Deutschland mehr Schweiz brauchen.

AfD: Gekommen, um zu bleiben

Die Tatsache, dass es in der Schweiz nach wie vor bundesweite Entscheide gibt, an denen sich die Bürger in unterschiedlicher Weise beteiligen können, aber nicht beteiligen müssen, zeigt, dass bei Ihnen die Mitwirkung und Mitbeteiligung eine sehr viel festere Verankerung in der Gesellschaft hat als in Deutschland, wo viele Bürger selbst inzwischen glauben, dass sie zu derartiger Mitwirkung intellektuell nicht befähigt sind.

Das ist eine Einstellung, die zeigt, dass man sich hat degradieren lassen, vom freien Bürger zum Konsumenten. Und das ist ein Trend, den die AfD bei uns gern umdrehen möchte. Wohl wissend, dass es ein sehr langer Weg sein wird. Die AfD ist keine kurzfristige Angelegenheit. Wir sagen häufig: Die AfD ist gekommen, um zu bleiben.

Wir haben letztlich, unter anderen Vorzeichen, genau ein solches Generationenprojekt vor uns, wie die Grünen es angeleiert haben. Und obwohl wir in vielem nicht übereinstimmen, so hoffe ich, dass wir einen ähnlichen Marsch durch die Institutionen beginnen können, wie die Grünen es in den 68ern getan haben: Um das zu korrigieren, was die Grünen in Deutschland angerichtet haben.



Die Demokratie wiederbeleben

Warum haue ich so auf die Grünen ein? Keine Sorge! Da mag's auch intelligente Personen geben (ich kenne nicht so viele davon). Aber antreten muss jede Partei, jede neue politische Bewegung mit einer Abgrenzung, mit einem Protest gegen die aktuellen Zustände. Und wenn man uns vorwirft, wir seien nur eine Protestbewegung – dann frage ich mich, ob diese Leute eigentlich verstehen, wie Politik, wie Demokratie funktioniert. Wenn die etablierten Kräfte keine Antworten mehr bieten können, dann müssen wir uns nach neuen Antworten umsehen. Und wir beginnen natürlicherweise damit, dass wir uns erst einmal von offensichtlich fehlenden Visionen und Antworten verabschieden und sagen: So möchten wir es definitiv nicht haben! Genau so hat die AfD angefangen, mit einem recht interessanten Unterschied: Wir haben bereits 2013 in der Eurofrage sehr wohl eine Alternative geboten. Denn unser Name resultiert ja gerade aus der Alternativlosigkeit der aktuellen Kanzlerin. Das hat deswegen so stark eingeschlagen in Deutschland, weil Alternativlosigkeit an sich eigentlich ein unmenschliches Phänomen ist.

Wenn sich Menschen durch eines auszeichnen, dann ist es das: Dass sie immer wieder Überlebenswillen besitzen und im-



mer wieder neue Lösungen finden. Und genau als das versteht sich die AfD.

Wir wollen nicht immer alles neu erfinden. Wir wollen aber diejenigen Ansätze, die schon einmal da waren und funktioniert haben, wieder aufgreifen. Und so haben wir gar nichts dagegen, in vielen Bereichen «konservativ» genannt zu werden. Denn die Demokratietradition gehört nun mal zu Europa. Wir müssen sie auch gar nicht neu erfinden, sondern nur endlich wiederbeleben. Und dazu brauchen wir die Bürger. Anders wird das nicht funktionieren.

Kooperation braucht keine EU-Mitgliedschaft

Wenn wir aktuell nach Deutschland schauen, dann erleben wir ein Land, in dem viele Bürger bereits der Meinung sind, dass wir nur eine Aufgabe haben: Binnen der nächsten Jahre und Jahrzehnte in einem vereinten, supranationalen Europa aufzugehen. Für die allermeisten Schweizer ist das hoffentlich eine Horrorvorstellung. Und deswegen kann man sie nur darin unterstützen, standhaft zu bleiben. Und das fällt Ihnen als kleines Land, das Neutralität gewöhnt ist, viel leichter als Deutschland. Ich kann sie nur dazu auffordern, weiterhin standhaft zu bleiben. Denn Gemeinsamkeiten, Kooperationen in Europa

brauchen keine EU-Mitgliedschaft. Das ist nicht nötig.

Wir möchten, dass Sie trotz Ihrer Neutralität und Nichtzugehörigkeit zur EU uns dabei helfen, viel mehr miteinander zu arbeiten. Es gibt diverse Kontakte der AfD zu Schweizer Parteien, auch zur SVP. Da stellen wir jedoch fest, dass der Wille, nicht in europäische Angelegenheiten politisch involviert zu werden, doch recht gross ist. So leistet uns die SVP keinen guten Dienst. Denn: Die Schweiz braucht auch die restlichen europäischen Länder, um nicht den Druck auf ihre Unabhängigkeit noch weiter erhöht zu sehen. Kooperation liegt deshalb auch in ihrem eigenen Interesse.

Weiter gegen die Wand rennen

Aber nun zu unseren Ideen, wie man in Europa weiter vorgehen könnte. Also, wenn Sie unsere Bundeskanzlerin oder auch Politiker der anderen Parteien zuhören, dann werden Sie folgendes Rezept erfahren: «Wir haben Probleme in der EU, und wir wenden nun die gleichen Methoden an, die zu diesen Problemen geführt haben (ich sage Eurokrise, Migrationskrise usw.), um aus dieser Problemlage herauszukommen.» Das klingt wahnsinnig. Ist es ja auch!

Politisch tönt es dann so, dass diese

Probleme, die durch Euro und Migration oder Flüchtlingskrise, wie sie auch gerne genannt wird, entstanden sind, nun durch weitere vertiefte politische Integration in Europa gelöst werden sollen. Das heisst, man sitzt in der Sackgasse und rennt weiter gegen die Mauer, um aus der Sackgasse herauszukommen. Das wird sicherlich nicht funktionieren. Deswegen sind wir der Meinung, dass Deutschland als grösstes Land der EU das, was Sie tun können, nämlich draussen zu bleiben, nicht tun kann. Wir kritisieren stattdessen, dass die EU – oder EG, so hiess sie nämlich einmal, oder nennen Sie sie besser noch freies Europa – weil die EU als Terminus technicus sowieso die Angewohnheit hat, so zu tun, als sei sie ganz Europa, obwohl sie das gar nicht ist.

Für ein freies Europa der Vaterländer

Was wir brauchen, ist ein freies Europa. Und da nehmen wir gerne Anteil an dem alten Franzosen Charles de Gaulle, der gesagt hat: «**Wir brauchen ein Europa der freien Vaterländer.**»

Dieses Europa der freien autonomen Vaterländer wird es in den aktuellen EU-Verträgen aber nicht geben. Deshalb kann ich die Briten gut verstehen, wenn sie gerne rausmöchten oder zumindest so viele bi-

laterale Zugeständnisse von Brüssel abfordern, sodass sie noch drin sind – aber dass es sich so anfühlt, als seien sie draussen. Das wird in Deutschland häufig verurteilt. Und auch wir äussern uns kritisch zu einem einseitigen Brexit. Aber nicht, weil wir die Briten nicht verstehen. Sondern weil wir aussagen, dass diese Verhandlungen nicht bilateral zwischen der EU und London stattfinden sollen. Nein, das muss der Auftakt sein zu einer generellen Diskussion über die Zukunft Europas. Und wir möchten, um es ganz plakativ zu machen, dass die Diskussion über Europa auf einem weissen Blatt Papier beginnt, indem wir diskutieren, wie viel Kooperation wir tatsächlich brauchen – und wie viele unnütze administrative Vorgänge in Brüssel eines sich immer wieder selbst ermächtigenden EU-Parlaments und einer EU-Kommission wir gerade eben nicht brauchen.

Das heisst konkret: Ich kann mir ein freies Europa der souveränen Vaterländer sehr gut vorstellen. Aber ich glaube nicht, dass wir zukünftig ein riesengrosses EU-Parlament und eine EU-Kommission brauchen. Wenn wir das tun, was unter dem Siegel eines nationalen Staates passiert, dann brauchen wir keine zweite Entscheidungsebene. Und schon gar kein politisches Ping-Pong-Spiel zwischen zum Beispiel



Berlin und Brüssel, indem die Bundesregierung unbequeme Entscheidungen nach Brüssel auslagert, ein paar Monate in der EU-Kommission und den entsprechenden Stellen köcheln lässt, dann im EU-Parlament und in der Kommission verabschiedet und dann als direkte Richtlinie oder Verordnung nach Berlin oder Paris oder anderswo zurückgeben lässt, um dann zu sagen: **«Wir können ja nicht anders! Das hat die EU so entschieden.»**

Das ist eine Selbstermächtigung, die auch undemokratische Züge trägt, weil nur noch wenige Personen am Ende an einer Entscheidung beteiligt sind. Denn auch die EU-Parlamentarier nicken am Ende das ab, was nur noch wenige Personen in den Ausschüssen, meistens noch begleitet von sehr vielen Lobbyisten, vorher ausgeklügelt haben.

Was wir brauchen, sind souveräne nationale Parlamentarier. Und wenn dann die grossen EU-Staaten sich einig sind, wie sie wirtschaften wollen oder wie sie vielleicht einmal eine gemeinsame Aussenpolitik nach draussen tragen wollen, dann sind wir Europa im Sinne eines freien Europas näher. Aber bis dahin ist es offensichtlich noch ein weiter Weg.

Was müssen wir tun, dass wir dahin kommen? Wissen Sie, ich stelle fest, dass gera-

«Die politische EU ist das grösste Gesellschaftsklempner-Experiment seit der Errichtung der Sowjetunion.»

Roland Baader

de Facharbeitern und Berufsleuten dieses «Bauchgefühl» noch nicht abhandengekommen ist. Diese wären so manches Mal in der Politik viel wünschenswerter als die, die noch nie ordentlich gearbeitet haben und die vom Kreissaal über den Hörsaal in den Plenarsaal gekommen sind...

Und damit sind wir wieder beim Thema «direkte Demokratie». Wir brauchen Bürgerbefragungen, wir brauchen Volksentscheide, wie Sie sie schon gewohnt sind, damit die Politik gezwungen ist, ihre Pläne, ihre Visionen – wenn sie denn welche hat – mit dem Bauchgefühl des Bürgers abzugleichen. Und das ist nicht Stammistisch, abfällig, im besten Sinne «populistisch» – nein, das ist nötig, um überhaupt Gemeinsamkeiten in der Gesellschaft noch auszuloten.

Deswegen muss der Politiker gezwun-

gen werden, vom Souverän kontrolliert zu sein. Es geht gar nicht anders. Doch das tut niemand freiwillig, weil eben Kontrolle persönlich auch wehtut.

Deswegen könnte man sagen, dass Bürgerbeteiligung, Volksentscheide zu wichtigen Themen – und Sie stimmen über viel mehr Themen ab, als es in Deutschland überhaupt jemals denkbar wäre – wichtig sind, weil sie die Gesellschaft dauerhaft zusammenhalten und eine Radikalisierung, wie wir sie aktuell in Deutschland erleben, verhindert werden kann.

Ich bin gestern am Telefon von der NZZ gefragt worden, ob es für die AfD nicht schlimm sei, dass wir mitverantwortlich seien für die Radikalisierung in Deutschland. Sie wissen, dass in Deutschland mit den über 1 Million Asylbewerbern 2015 eine tatsächlich gesellschaftlich explosive Situation entstanden ist, die uns nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich stark belastet – mit einem offenen Ende, wohlgermerkt.

Dass wir jetzt von geringeren Zahlen reden, ist nicht das Verdienst der Bundeskanzlerin. Sondern eher der Erfolg von 26 von 28 EU-Staaten, die sich gegen die Bundeskanzlerin gestellt haben, was sie aber jetzt als ihren Erfolg verkauft.

Wir erleben tatsächlich in Deutschland



eine aufgeheizte Situation, die sich in Demonstrationen auf Strassen widerspiegelt oder in nicht zu rechtfertigenden Gewaltausbrüchen auch auf Asylbewerberheime. Das kennt die Schweiz offenbar in solcher Weise nicht. Tatsache ist aber, dass uns vorgeworfen wird, dass wir die Urheber dieses Problems seien. Und das ist symptomatisch für die politische Diskussion in Europa, in vielen Teilen auch der Welt: **Da wird der Überbringer der kritischen Botschaft zum Urheber des Problems erklärt, weil man über das eigentliche Problem nicht diskutieren möchte.**

Dafür stecken wir Spott und Häme und mannigfaltige Diffamierung ein. Aber: Wenn die Bürger am Ende diese Diskussion mitführen können, dann wird diese Art von Hetze ein Ende haben. Denn Politiker, die nicht mehr zwischen Kritik und Hetze unterscheiden können, gehören zu jenen, die den politischen Diskurs schon lange verlassen haben. Und daran müssen wir sie erinnern.

Die AUNS: Auf dem richtigen Weg

Wir haben auf der Reise hierher darüber diskutiert, warum die Schweiz weniger Gewalt kennt, obschon Sie offenbar selbst ein Problem mit der extremen Linken haben. Wenn die Situation offenbar ein wenig entspannter ist als in Deutschland,



so liegt es daran, dass Sie seit Jahrzehnten eine Tradition der Demokratie aufrechterhalten, die die Bürger trotz aller Schwierigkeiten, die sie auch erleben, in eine stärkere Position gegenüber der Regierung versetzt. Und wenn Sie damit nicht zufrieden sind, weil die Politiker Sie auch nicht in der gleichen Weise hören und wahrnehmen wollen, **dann heisst das nur, dass Sie mit der AUNS auf dem richtigen Weg sind und weitermachen müssen**, damit ein Rückgang der Bürgerbeteiligung in der Schweiz auf keinen Fall geschieht. Da muss eigentlich Folgendes passieren: Sie müssen sich weiterhin stark durchsetzen und vor allem klarmachen, dass genau diese Art von Politik es möglich macht, Radikalisierungstendenzen zu verhindern.

Den Souverän endlich ernst nehmen

Genau aus diesem Grund setzen wir uns in Deutschland für mehr Demokratie ein. Wir haben, selbst wenn es theoretisch möglich ist, de facto keine direkte Demokratie in grösserem Ausmass in Deutschland. Und wenn die Bürger schliesslich auf die Strasse gehen, ist das letztlich ein demokratisches Ventil, um sich zu äussern und am Ende vielleicht auch Druck abzulassen. Und es ist ein Warnschuss an

die Politiker, nun endlich ihren Souverän wahrzunehmen. Sie wissen, das Gegenteil ist der Fall: Die Leute auf der Strasse sind über einen langen Zeitraum als Fremdenfeinde, Antidemokraten und noch Schlimmeres, als Nazis – das neue Modewort in Deutschland –, diffamiert worden. Das ist nicht zum Freuen. Deswegen kann man es auf den kurzen Nenner bringen, dass direkte Demokratie und Volksentscheide, so, wie Sie sie kennen und wir sie wollen, letztlich ein Überdruckventil einer demokratischen Gesellschaft sind und darüber hinaus die Möglichkeit haben, das Parlament und seine Repräsentanten zu kontrollieren. Bei der Überzeugungsarbeit, die wir in Deutschland leisten müssen, um das langfristig einzuführen, da bitten wir sehr wohl heute und wahrscheinlich noch öfter um Ihre Unterstützung. Denn es gibt keine echten politischen Debatten mehr in Deutschland. Anstatt Konsens brauchen wir das Ja zur offenen Kontroverse, das Ja zur Diskussion. Und das möchten wir gemeinsam mit Ihnen in Europa wieder publik und modern machen.

Gegen Harmonisierung und Gleichmacherei

Wir brauchen Verbündete, und auch Sie brauchen Verbündete. Wir müssen Allianzen schmieden. Wenn wir Europa in der

Weise umgestalten wollen, dass Freiheit und Verantwortung wieder selbstverständlich werden im Gegensatz zu Harmonisierung – die eigentlich nichts anderes ist als die im Osten viel gerühmte Gleichmacherei –, dann brauchen wir Kräfte, die das ähnlich sehen.

Wenn wir das Prinzip der Subsidiarität, das die Schweiz in einzigartiger Weise vorlebt, ernst nehmen, dann bedeutet das, dass wir in Europa sehr wohl Gemeinsamkeiten auf EU-Ebene leben können – Umbau der EU zu einem freiheitlichen Europa der Vaterländer, Währungssysteme, die der Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Mitglieds angemessen sind, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der nationalen Politik, auch wenn das manchmal schwerfällt. Da muss man unideologisch agieren. Das ist Voraussetzung für Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Und deswegen bitten wir auch Sie zu verstehen, dass wir insgesamt Allianzen schmieden müssen, damit auch Sie Ihren Traum von einer unabhängigen und trotzdem kooperativen Schweiz weiterhin leben können. Die AfD versteht sich als Partei in Mitteleuropa, als die EU-kritische Klammer, die das EU-kritische Europa anführen will. Und wir sind sicher, dass wir im nächsten EU-Parlament mit mehr als noch zwei Abgeordneten vertreten sein werden. Wir

als AfD müssen das sein, um unsere Idee für einen freien Kontinent und trotzdem eine vorhandene Eigenständigkeit der Länder leben zu können. Und nur wenn ähnlich denkende Bewegungen und Parteien auch über ihren Schatten springen, wird das selbstverständlich, was für die Schweiz ein Grundsatz gewesen ist: Dass Sie zwar ein kleines Land sind, dass Sie ohne EU letztlich nicht können und nicht wollen – dass aber das, was schweizerisch ist, auch genau so bleiben soll. Und dass Sie trotzdem ein Land sind, in welchem Sie Weltoffenheit praktizieren und Ihre Eigenheiten bewahren können.

Wenn man alle Farben mischt, wird es am Ende nicht bunt, wie alle behaupten, sondern graubraun. Das ist eine Farbe, die niemand mag. Deshalb gehört zu einer Farbenvielfalt oder Vielfalt an Tradition gerade die Grenze. Und deswegen brauchen wir die Anerkennung von Grenzen, die Anerkennung von Unterschieden, damit wir am Ende in einem grossen Europa, in einem freien Europa gemeinsam und trotzdem eigenständig leben können.